

Leipziger

Jüdisches Familienblatt

Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst und Wissenschaft

Erscheint Freitags / Redaktionsschluß Dienstag mittag
Nachdruck einzelner Beiträge, auch mit Quellenangabe,
verboten / Zusendungen redaktioneller Art sind an die
Leipziger Schriftleitung, Gerberstraße 48/50, zu richten

Anzeigenannahme, Verlag, Expedition u. Schriftleitung
Leipzig, Gerberstraße 48/50. Fernruf 21 516. Post-
scheckkonto: Leipzig 21 690 / Berliner Geschäftsstelle:
M. Gonzer, N 24, Oranienburger Str. 26 (Norden 10 094)

Bezugspreis: 80 Pf. monatlich, 2,40 Mark viertel-
jährlich / Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile
30 Pf. / Platzvorschrift nach besonderem Tarif / Text-
inserte 1 M. pro Zeile / Inseratenschluß Mittwoch früh

Wochenschau

Die Mai-Einwanderung in Palästina. Jerusalem. Im Verlauf des Monats Mai sind 1750 Personen zu ständigem Aufenthalt nach Palästina gekommen.

Abbau der Einfuhrzölle in Palästina. Jerusalem. Der Abbau der Einfuhrzölle für Palästina schreitet vorwärts. In Jerusalem wurde ein Gesetz veröffentlicht, wonach die Einfuhrzölle für Baumwollgarn, Wollgarn und Seidengarn abgeschafft sind.

Rabbi Zirelsohn in den rumänischen Senat gewählt. Kischinew. Bei den Wahlen in den rumänischen Senat wurde der Oberrabbiner von Kischinew, Rabbi Zirelsohn, auf der Regierungsliste als Senator gewählt. Ob noch weitere Juden in den Senat gewählt wurden, steht noch nicht fest.

Die Waad Leumi-Delegation im Bureau des Völkerbunds empfangen. Genf. Die in Genf eingetroffene Abordnung des jüdischen Nationalrats in Palästina (Waad Leumi), bestehend aus den Herren Rabbiner Usiel Dizengoff und Dr. Arlosoroff, ist vom Direktor der Mandatsabteilung des Völkerbundes empfangen worden.

Die Abordnung des Waad Leumi in Genf eingetroffen. Genf. Die Abordnung des Waad Leumi (Nationalrat der palästinensischen Juden), die nach Genf gesandt wurde, um vor der Mandatskommission des Völkerbundes die Interessen der jüdischen Bevölkerung zu vertreten, ist hier bereits eingetroffen. Sie besteht bekanntlich aus Rabbiner Usiel Dizengoff und Dr. Arlosorow.

Befreiung der Schulkinder vom Sabatschulbesuch in Hessen. Frankfurt a. M. „Israelit“ meldet aus Darmstadt: Auf Grund einer Mitteilung des hessischen Landesamtes für das Bildungswesen vom 21. Mai 1926 sind nun auch in Hessen israelitische Kinder vom Schulbesuch an den Sabbattagen zu befreien, falls die Erziehungsberechtigten entsprechenden Antrag stellen.

Emile Berliner 75 Jahre alt. Washington. Dieser Tage feierte hier Emile Berliner, der berühmte Erfinder des Telefon-Uebertragungs- und Verstärkungsapparates, der Verbesserer des Grammophons und des Radio, seinen 75. Geburtstag. Als in diesem Jahre das goldene Jubiläum des Telefons begangen wurde, wurde vielfach daran erinnert, daß ohne Berliners Erfindung das Telefon nicht hätte eine praktische Einrichtung werden können.

Ueberfälle auf Juden in den Straßen Rigas. Riga. In der letzten Sitzung des lettländischen Sejm fragten die jüdischen Deputierten den Innenminister, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um den in den Straßen und Plätzen von Riga sich häufenden Ueberfällen der Faschisten auf jüdische Passanten wirksam entgegenzutreten. Die jüdischen Deputierten klagten ferner darüber, daß die Judenschaft Lettlands, insbesondere in den kleineren Städten, sehr stark unter gegen die Juden gerichtete Ausnahmeverordnungen leiden, die noch vom früheren Regime her stammen. Die Ausführungen der jüdischen Deputierten machten starken Eindruck auf das Parlament und in der Öffentlichkeit.

Zusammenbruch der völkischen Front in Mecklenburg. Berlin. Die am 6. Juni in Mecklenburg durchgeführten Wahlen zum Landtag haben eine vollständige Niederlage der Völkischen erbracht. Aber auch die Deutschnationalen haben schwere Einbuße erlitten. Die Völkischen haben im ganzen 23 993 Stimmen auf ihre Listen vereinigen können. Im Jahre 1924 wurden für sie 63 511 Stimmen abgegeben. Sie werden diesmal mit 4 Mann in den neuen Landtag einziehen. Die Deutschnationalen zählten 58 425 Stimmen gegen 95 176 im Jahre 1924. Sie werden über nur 10 Sitze verfügen. Am besten abgeschnitten haben die Sozialdemokraten, die mit 17 Mann in den Landtag einziehen. Die Völkischen waren im bisherigen Landtag ausschlaggebend; ihre Rolle ist nun ausgespielt.

Paul Laskar gestorben. Hamburg. Herr Paul Laskar, der Leiter des Hamburger Zentralbureaus für Auswanderungsangelegenheiten des Hilfsvereins der deutschen Juden im Ehrenamt und Vorstandsmittglied des lokalen Komitees des Hilfsvereins, ist am 5. Juni im Alter von 70 Jahren gestorben. Herr Laskar, der auch dem Hauptauschuß des Hilfsvereins angehörte, hat sich vom Beginn dieses Jahrhunderts an der Sache der jüdischen Emigration mit größter Hingebung angenommen und mit außerordentlicher Sachkenntnis und Energie die vielgestaltigen schwierigen Aufgaben, die die Emigration an der größten Hafenstadt aus bietet, bewältigt. Er widmete sich auch anderen großen Aufgaben des Hilfsvereins, wie z. B. der Bekämpfung des Mädchenhandels und des Agentenunwesens.

Die Taufbewegung in Ungarn. Subotica (Jugoslawien). Die Zeitung „Israel“ macht auf die letzte Mitteilung der ungarischen Statischen Rundschau aufmerksam, wonach in Ungarn seit Beendigung des Krieges nicht weniger als 20 000 Juden den Glauben ihrer Väter verlassen. Die Zeitung sagt, dies sei ein trauriger Erfolg der neologen assimilationistischen Richtung. Das orth. Organ „Zsidó Ujság“ nennt diese Erscheinung eine „Schemad-Epidemie“, der man nur durch Stärkung des religiösen Lebens entgegenzutreten kann.

Die englisch-jüdischen Freundschaftsbünde für „ORT“. London. Dieser Tage fand in Liverpool die Jahresweltkonferenz des Ordens Magen-David statt. Der Vorsitzende des Weltverbandes „ORT“, Herr Leo Bramson, und Frau D. Mowschowitz vom Londoner „ORT“-Komitee hielten Ansprachen. Der Vorsitzende der Konferenz und die Sprecher der anderen Freundschaftsbünde sprachen ihre Sympathie für die Arbeit und die Ziele der „ORT“ aus. Das Exekutivkomitee des Ordens Magen-David wird in diesen Tagen über eine Zusammenarbeit mit der Organisation „ORT“ beschließen.

Dr. Weizmann in Paris. — Zusammenkunft mit de Jouvenel. Paris. Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation Prof. Dr. Chaim Weizmann ist am 4. Juni in Paris eingetroffen. Am Montag, dem 7. Juni, traf er mit dem hier weilenden französischen Oberkommissar für Syrien, Herrn de Jouvenel, zusammen. Gegenstand der Unterhaltung waren gewisse Vorschläge de Jouvenels bezüglich Syriens. Am Dienstag begab sich Dr. Weizmann nach Genf, um während der Behandlung des Palästinaaberichtes durch die Ständige Mandatskommission des Völkerbundes in Genf zugegen zu sein.

Die Neuordnung in Polen in ihren Auswirkungen auf die Lage der Polen

Von Dr. Fritz Seifter, Bieltz

Vor der Neuordnung der Dinge in Polen stand im Vordergrund des jüdischen Interesses die Frage, ob es der jüdisch-parlamentarischen Vertretung im polnischen Sejm, dem jüdischen Klub, gelingen werde, mit der polnischen Regierung zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Der jüdisch-polnische Verständigungspakt, die sogenannte „Ugoda“, deren Text vor kurzem veröffentlicht wurde, war der Ausdruck des Willens der jüdischen Minderheit, in Polen mit der Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, um nach Erfüllung ihrer Forderungen von der bis dahin geübten oppositionellen Taktik zu einer aktiveren, staatsbejahenden Politik überzugehen. Wiewohl von Haus aus der jüdischen Bevölkerung als freie Minderheit durch die Verfassung der Genuß aller Bürgerrechte verbürgt war, mußte angesichts der Tendenz einer national-reaktionären Regierung, deren Ziel die Errichtung einer Herrschaft war, in der nur die privilegierten Klassen regieren und die Minderheiten mit allen möglichen Mitteln gedrückt werden sollte, ein Weg beschritten werden, der einen charakteristischen Beitrag zur Behandlung der Minoritätenfrage in Polen liefert. Im ganzen waren 42 Forderungen auf wirtschaftlichem, politischem, kulturellen und religiösen Gebiete erhoben worden, in denen die Besetzung der schikanösen Behandlung einer mehr als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung bildenden Minderheit in Handel und Wirtschaft, der Ausbau deren Rechte auf politischem Gebiete, insbesondere die faktische Anerkennung der Gleichberechtigung, die Abschaffung des numerus clausus beim Besuche der Universitäten u. a. m. verlangt worden war. Die polnische Regierung war durch den damaligen Unterrichtsminister Stanislaus Grabski, dem größten Exponenten der chauvinistischen Rechtsparteien vertreten, dessen unheilvolle Arbeit auf dem Gebiete der Minderheitenpolitik berechtigtes Mißtrauen für die Durchsetzung der Forderungen der jüdischen Minderheit auslösen mußte. Mit dem Namen Grabski ist für die Juden Polens die Vorstellung des bösen Geistes verbunden, der im Geheimen wühlte, des Inspirators aller unheilvollen Ideen in Polen. Die Juden hatten sich während der acht Jahre neuer polnischer Staatlichkeit über allzu große Toleranz nicht zu beklagen: nur zu oft waren sie von den chauvinistischen Elementen zu Staatsfeinden und Staatsverrätern gestempelt, mit Vorliebe als die wahren Schädlinge des Staates bezeichnet worden. Durch den Verständigungspakt sollte im Sinne der vorwiegend zionistisch eingestellten jüdischen Abgeordneten eine neue Phase jüdischer Politik in Polen eingeleitet werden. Das Resultat ist bekannt. Die polnische Regierung hat die eingegangenen Versprechungen nicht gehalten, sie hat einfach den Großteil der Verständigungspunkte bestritten und glatt abgeleugnet. Die Verständigung blieb auf dem Papier.

Es ist daher nicht wunderzunehmen, daß gerade die jüdischen Kreise die neue Entwicklung der Dinge in Polen, von der man einen anders gerichteten Kurs erwartet, mit lebhaftem Interesse verfolgen. Daß es zu diesem Umsturz gekommen ist, liegt teilweise auch in den jahrelangen Fehlern und Unaufrichtigkeiten der polnischen Minderheitenpolitik begründet. Man hat die jüdische Bevölkerung mit

Kunsttöpferei
im Betrieb Spielzeugschnitzer-
Werkstatt — Reisen und
Wandern — Sport usw. usw.
Eintritt: 50 Pfennige
Arbeitslose und Kinder 25 Pfg.

Sächsische Heimatausstellung

10 — 1/2 Uhr **Untergrundmeßhaus Markt** 10 — 1/2 Uhr

Klöppelstube
Sonderräume der Städte und
Kurorte — Lichtbilder-Wett-
bewerb — Handwerk — Industrie
Vereine und Schulen
bedeutende Vergünstigungen